

Belastungen der frühen Weimarer Republik (erweitert mit Variante als digitale Lernaufgabe)

Stand: 07.07.2022

Jahrgangsstufen	Vorklasse FOS/BOS
Fach	Geschichte/Politik und Gesellschaft
Übergreifende Bildungs- und Erziehungsziele	Politische Bildung
Zeitraumen	3-4 Unterrichtsstunden
Benötigtes Material	Kopiervorlagen, Tablets/Computer (für die digitale Variante)

Kompetenzerwartungen und Inhalte

GPuG10 Lernbereich 4: Weimarer Republik: Lebenswirklichkeiten in der ersten deutschen Demokratie

Die Schülerinnen und Schüler ...

- analysieren Vorbelastungen des neuen Staates durch die Kriegsniederlage und ihre Folgen, um Schwierigkeiten bei der Gründung der Weimarer Republik einzuordnen.
- analysieren innenpolitische und außenpolitische Probleme hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Sie beurteilen verschiedene Lösungsansätze im Hinblick auf ihre Wirksamkeit.

Inhalte zu den Kompetenzen:

Vorbelastungen: Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein, z. B. Versailler Vertrag (im Besonderen Kriegsschuldartikel 231), Dolchstoßlegende, demokratiefeindliche Eliten

GPuG10 Lernbereich 1: Methodenkompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler ...

erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein.

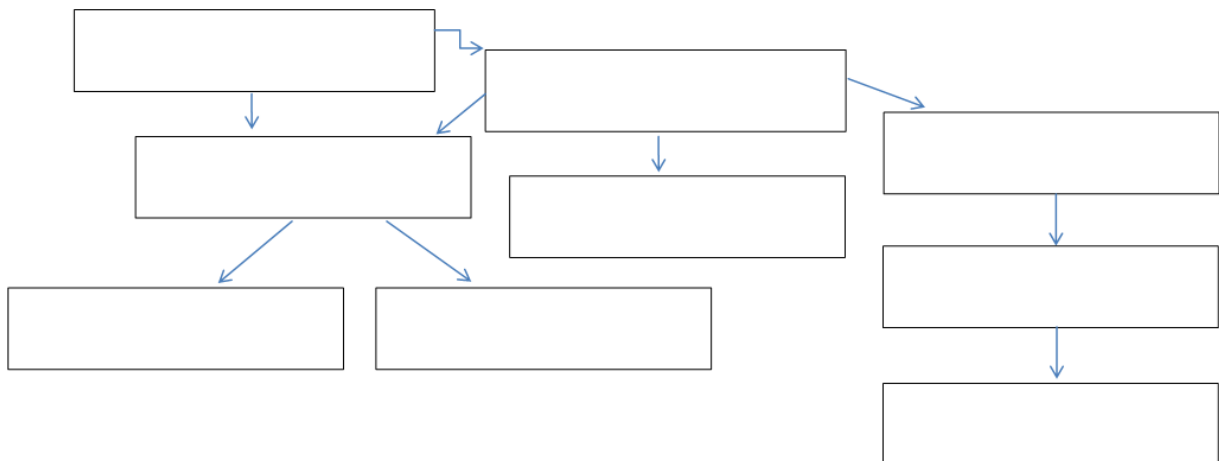
Aufgabe

Sie erhalten die Beschreibung eines von zehn Ereignissen aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik (M2 bis M11).

1. Lesen Sie die Beschreibung Ihres Ereignisses.
2. Fassen Sie Ihr Ereignis auf dem beigelegten Notizzettel (M1) zusammen. Gehen Sie dabei vor allem darauf ein, in welcher Verbindung Ihr Ereignis zu den Vorbelastungen für die Weimarer Republik aus dem Ersten Weltkrieg steht.
3. Tauschen Sie sich nun mit Ihren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern aus, die andere Ereignisse erhalten haben:
 - a) Machen Sie sich ausgehend von dem Vortrag eines Mitschülers bzw. einer Mitschülerin Notizen auf M1 über das Ereignis und den Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag.
 - b) Versuchen Sie darüber hinaus einen Zusammenhang zwischen Ihrem Ereignis und dem anderen Ereignis herzustellen (nicht in allen Fällen möglich).
4. Sammeln Sie auf diese Weise alle zehn Ereignisse.
5. Visualisieren Sie die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen und ihre Abhängigkeit vom Versailler Vertrag. Sie sind dabei **frei** in der Wahl der Visualisierung.
6. Präsentieren Sie Ihre Visualisierung vor der Klasse und erklären Sie sie. Gehen Sie besonders darauf ein, welche Bedeutung der Versailler Vertrag für die frühe Weimarer Republik hatte.

Variante mit mehr Hilfestellung zur Differenzierung (ab Aufgabe 5)

5. Visualisieren Sie die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen und ihre Abhängigkeit vom Versailler Vertrag. Orientieren Sie sich dabei an folgender Strukturierung:



Variante als digitale Lernaufgabe

Historische Sachverhalte werden häufig in Schaubildern veranschaulicht. Ihr Ziel ist es, eine Visualisierung zu den Belastungen der frühen Weimarer Republik zu erstellen.

1. Legen Sie sich dafür in einer Präsentationssoftware eine neue Datei an und richten sich dort einen Notizbereich ein (i. d. R. unter der Folie zu finden).
2. Lesen Sie den Text zu Ihrem Ereignis auf der Homepage des Projekts LeMO (Link aus Materialteil) und fassen Sie das Wichtigste zusammen. Gehen Sie dabei vor allem darauf ein, in welcher Verbindung Ihr Ereignis zu den Vorbelastungen für die Weimarer Republik aus dem Ersten Weltkrieg steht.
3. Tauschen Sie sich mit Ihren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern aus, die andere Ereignisse bearbeitet haben:
 - a) Machen Sie sich ausgehend von dem Vortrag eines Mitschülers bzw. einer Mitschülerin Notizen über das jeweilige Ereignis und den Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag.
 - b) Versuchen Sie darüber hinaus einen Zusammenhang zu Ihrem Ereignis herzustellen (nicht in allen Fällen möglich) und überlegen Sie sich, wie dieser grafisch in Ihrer Visualisierung umgesetzt werden könnte.
4. Sammeln Sie auf diese Weise alle Ereignisse.
5. Gestalten Sie basierend auf Ihren Notizen eine Visualisierung, die die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen und ihre Abhängigkeit vom Versailler Vertrag aufzeigt. Achten Sie dabei auf eine stimmige Anordnung der Bildelemente sowie eine zielführende Nutzung von Symbolen.
6. Präsentieren Sie Ihre Visualisierung vor der Klasse und erklären Sie sie. Gehen Sie besonders darauf ein, welche Bedeutung der Versailler Vertrag für die frühe Weimarer Republik hatte.

Variante mit mehr Hilfestellung zur Differenzierung (ab Aufgabe 5)

5. Unter <https://learningapps.org/display?v=ppy9zthic22> finden Sie eine digitale Vorlage einer Visualisierung. Füllen Sie diese basierend auf Ihren Notizen aus.



Notizzettel (M1)

Ereignis	Notizen
1: Lüttwitz-Kapp-Putsch	
2: Generalstreik	
3: Märzaufstand	
4: Ermordung Rathenaus	
5: Ruhrbesetzung	
6: „Deutscher Oktober“	
7: Hitler-Putsch	
8: Hyperinflation	
9: Dawes-Plan	
10: Reparationen	

Ereignis 1: Der Lüttwitz-Kapp-Putsch 1920 (M2)

Artikel 160 des Versailler Vertrags verfügte die Reduzierung des deutschen Heers auf 100.000 Berufssoldaten und die Auflösung der aus Freiwilligen bestehenden Freikorps. Um die im Versailler Vertrag festgelegte Truppenstärke zu erreichen, mussten ab Sommer 1919 rund 200.000 Freikorpsoldaten entlassen werden. Putschbestrebungen frustrierter und von der Entlassung bedrohter Freikorpsoffiziere trafen im Frühjahr 1920 mit Umsturzplänen der im Oktober 1919 gegründeten "Nationalen Vereinigung", einer Nachfolgeorganisation der Deutschen Vaterlandspartei, zusammen. Einer der führenden Köpfe des gegen die Weimarer Republik gerichteten rechtsextremen Verschwörerkreises war der ostpreussische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der intensiven Kontakt zu Walther von Lüttwitz unterhielt.

Einer Anweisung der Interalliierten Militärkontrollkommission folgend, löste Reichswehrminister Gustav Noske am 29. Februar 1920 die in der Armee hochgeachtete rund 6.000 Mann starke Marinebrigade von Hermann Ehrhardt und das Freikorps Loewenfeld auf. Dem widersetzte sich der ranghöchste General der sogenannten Vorläufigen Reichswehr, Walther von Lüttwitz, der am frühen Morgen des 13. März an der Spitze der ihm unterstehenden Marinebrigade Ehrhardt das Berliner Regierungsviertel besetzte und Kapp zum Reichskanzler ernannte. (...) Da die Reichswehr nicht bereit war, gegen die Putschisten militärisch vorzugehen, floh die Mehrzahl der Minister mit Reichskanzler Gustav Bauer und dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert aus Berlin. Noch im Laufe des 13. März erschien in allen größeren Städten ein (...) Aufruf zum Generalstreik (...). Der Putsch war nach vier Tagen beendet. Entscheidend für das Scheitern des Staatsstreichs war die Weigerung der Ministerialbürokratie, den Anordnungen Kapps Folge zu leisten. Zudem zeigte auch der Generalstreik mit dem Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistung verheerende Wirkung. [...]"

(Burkhard Asmuss, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/kapp/>;
[CC BY-NC-SA 4.0](#): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 2: Der Generalstreik 1920 (M3)

Aus Protest gegen den Lüttwitz-Kapp-Putsch wurde das Deutsche Reich ab dem 15. März 1920 von der größten Streikbewegung seiner Geschichte erfaßt. Etwa 12 Millionen Beschäftigte legten die Arbeit nieder, um den Putschisten ihren geringen Rückhalt in der Bevölkerung zu demonstrieren. In nahezu sämtlichen deutschen Großstädten ruhte der öffentliche Verkehr. Berlin war durch den Generalstreik von sämtlichen Nachrichten- und Verkehrsverbindungen abgeschnitten. Zentrale Versorgungsbetriebe der Stadt waren lahmgelegt. Nach vergeblichen Versuchen der Putschisten, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wieder in Betrieb zu setzen, gaben sie am 17. März ihren nur unzureichend vorbereiteten Umsturzversuch entnervt auf.

Aufgerufen zum Generalstreik hatten verschiedene Organisationen und Parteien mit höchst unterschiedlichen Zielsetzungen. Einig waren sie nur, dem rechtsradikalen Putsch die Unterstützung zu versagen. Reichspräsident Friedrich Ebert und der regierenden SPD lag in einer gemeinsamen Erklärung vom 13. März an dem Erhalt der Weimarer Republik und ihrer demokratischen Ordnung. Dem schlossen sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) sowie die Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (AfA) und der Deutsche Beamtenbund an. Sie brachen den Generalstreik hingegen erst fünf Tage nach dem Scheitern des Putsches ab, nachdem ihnen die Regierung unter Reichskanzler Gustav Bauer mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen sowie der Entlassung des besonders in der Arbeiterschaft verhaßten Reichswehrministers Gustav Noske entgegenkam. Die USPD scheiterte mit ihrer Forderung nach Einsetzung einer sozialistischen Arbeiterregierung, um eine Rechtsentwicklung im Deutschen Reich zu verhindern. Zahlreiche ihrer enttäuschten Mitglieder versuchten daraufhin zusammen mit Anhängern der KPD, mit dem Märzaufruf den Generalstreik zu einer revolutionären Erhebung auszuweiten.“

(Arnulf Scriba, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/generalstreik-1920.html>;
[CC BY-NC-SA 4.0](#): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 3: Der Märzaufrüstung 1920 (M4)

In der Folge des von der deutschen Arbeiterschaft nahezu einmütig befolgten Generalstreiks während des rechtsgerichteten Lüttwitz-Kapp-Putsches kam es im März 1920 zu zahlreichen revolutionären Aufstandsbewegungen gegen die Weimarer Republik. Der Anarchist Max Hoelz nutzte die unübersichtliche politische Lage im Deutschen Reich, um im sächsischen Plauen die Räterepublik auszurufen. Der von ärmeren Bevölkerungsschichten als "Roter Robin Hood" verehrte Volksheld Hoelz kontrollierte mit rund 1.000 Anhängern bis Mitte April 1920 das Vogtland, ehe er vor einrückenden Einheiten der Reichswehr fliehen musste. Auch in Mitteldeutschland griffen aus bewaffneten Arbeitern bestehende Selbstschutzeinheiten Freikorps und Regierungstruppen an, um die als gescheitert angesehene Revolution von 1918/19 zu vollenden und radikale gesellschaftspolitische Veränderungen - insbesondere die bei vielen Arbeitern ersehnte Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige - zu realisieren.

Besonders heftig tobte der Aufstand im Ruhrgebiet, wo der rechtsradikale Umsturzversuch in Berlin als Signal für einen flächendeckenden Arbeiteraufstand wirkte, der auch nach Ende des Lüttwitz-Kapp-Putsches anhielt. Eine von Anhängern der KPD und der USPD getragene, etwa 50.000 Bewaffnete zählende "Rote Ruhrarmee" beherrschte nach heftigen Kämpfen mit Reichswehreinheiten und mit der Sicherheitspolizei das rheinisch-westfälische Industrievier. (...) Nach erfolglosen Einigungsversuchen der Reichsregierung unter Hermann Müller mit den Aufständischen begann am 3. April 1920 der Einmarsch von Regierungstruppen in das Ruhrgebiet. Unterstützung erhielten sie in ihrem "Kampf gegen den Bolschewismus" von Freikorps wie der maßgeblich am Lüttwitz-Kapp-Putsch beteiligten Marinebrigade von Hermann Ehrhardt. Die wenige Tage dauernde Niederschlagung des Aufstands im Ruhrgebiet war begleitet von einem Höchstmaß an Grausamkeit auf beiden Seiten, dem etwa 1.000 Aufständische und über 200 Reichswehrsoldaten zum Opfer fielen.“

(Anja Wulfert, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/maerzaufstand-1920.html>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 4: Ermordung Rathenaus 1922 (M5)

Am Morgen des 24. Juni 1922 wurde der Außenminister Walther Rathenau in Berlin-Grunewald auf der Fahrt ins Auswärtige Amt von Angehörigen der rechtsextremen Organisation Consul (OC) ermordet. Auch nach der Ermordung von Karl Gareis und Matthias Erzberger sowie den Attentaten auf Maximilian Harden und Philipp Scheidemann hatten Teile der nationalistischen Presse mehr oder weniger unverblümt zum Mord an dem jüdischen Politiker aufgerufen. Rathenau, im Februar 1922 zum Außenminister des Deutschen Reiches ernannt, unterzeichnete wenig später den Vertrag von Rapallo mit Sowjetrußland und galt der völkischen Rechten als Inkarnation der verhassten "Judenrepublik". Trotz gezielter Hinweise der Polizei auf ein mögliches Attentat hatte Rathenau jede Form von Schutzmaßnahmen abgelehnt.

Mit dem an die DNVP und deren Führer Karl Helfferich gerichteten Satz "Der Feind steht rechts" machte Reichskanzler Joseph Wirth in seiner Trauerrede im Reichstag die hemmungslose Hetze der nationalistischen Presse unmittelbar verantwortlich für den Mord an Rathenau. In allen größeren Städten brachten Zehntausende ihre Empörung zum Ausdruck, in Berlin protestierten weit über 400.000 gegen das Attentat und demonstrierten für die Weimarer Republik. Bereits einen Tag nach dem Mord erließ die Reichsregierung zwei Verordnungen zum Schutz der Republik. Im Juli wurden sie durch das Gesetz zum Schutz der Republik abgelöst, das zwar auch eine Handhabe zum Verbot extremistischer Organisationen bot, von der Justiz aber vor allem gegen die republikfeindliche Linke eingesetzt wurde.“

(Vera Hierholzer, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/rathenau/>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 5: Die Ruhrbesetzung (M6)

Die alliierte Reparationskommission stellte Ende Dezember 1922 einen geringfügigen Lieferrückstand deutscher Reparationen an Frankreich fest; dies bot im Januar 1923 den Vorwand für den Einmarsch von fünf französischen Divisionen und einigen belgischen Einheiten ins Ruhrgebiet, über welches die Franzosen sofort den Ausnahmezustand verhängten. Mit dem Einmarsch von rund 60.000 Soldaten in das Zentrum der deutschen Schwerindustrie wollte der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré den Versailler Vertrag zugunsten Frankreichs revidieren und die deutsche Westgrenze nach Osten verschieben. In Deutschland löste der Einmarsch einen parteiübergreifenden Sturm der Entrüstung aus. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno ermutigte die Bevölkerung im Ruhrgebiet zu passivem Widerstand. Beamten wurde verboten, Befehle der Besatzer zu befolgen. Da die Bevölkerung in beeindruckender Geschlossenheit passiven Widerstand leistete, wiesen die Besatzungsbehörden zwischen 120.000 und 150.000 Menschen aus dem Ruhrgebiet sowie aus dem seit 1919 besetzten Rheinland in das "unbesetzte" Deutschland aus.

Auch der aktive Widerstand nahm während der Ruhrbesetzung kontinuierlich zu. Nationalisten und Kommunisten verübten gemeinsam Sabotage- und Sprengstoffanschläge gegen die feindlichen Besatzer. (...) Auf den aktiven Widerstand reagierten die französischen und belgischen Soldaten mit rücksichtsloser Gegengewalt. In Essen erschossen sie am 31. März [1923] 13 streikende Krupp-Arbeiter und wenig später in Dortmund sieben Männer, die eine von der Besatzungsmacht verhängte Ausgangssperre überschritten hatten. Derartige Brutalität heizte den deutschen Widerstand noch weiter an (...). Streiks, wirtschaftliche Absperrung des Ruhrgebiets und Produktionsausfälle ruinierten die deutsche Wirtschaft 1923. Die Kosten des passiven Widerstands überstiegen die Reichsfinanzen bei weitem, die Inflation und die Ernährungslage nahmen erschreckende Ausmaße an. Angesichts der massiven Wirtschafts- und Ernährungsprobleme sowie der rasenden Hyperinflation gab die Reichsregierung unter dem neuen Reichskanzler Gustav Stresemann den passiven Widerstand im September 1923 auf.“

(Arnulf Scriba, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/aussenpolitik/ruhr/>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 6: Der „deutsche Oktober“ 1923 (M7)

Die Ruhrbesetzung, separatistische Unruhen im Rheinland sowie die Auflehnung in Bayern gegen das Reich ließen die Weimarer Republik im Herbst 1923 in politischem Chaos versinken. Auf Anordnung von Reichspräsident Friedrich Ebert wurde der Ausnahmezustand über das Deutsche Reich verhängt. Die vollziehende Gewalt lag bei Reichswehrminister Otto Geßler. Die KPD versuchte daraufhin auf Drängen Moskaus, die Staatskrise zu einem bewaffneten Umsturz auszunutzen. Als die KPD unter der Losung einer linken "Einheitsfront" im Oktober 1923 mit der SPD in Thüringen und Sachsen Regierungsbündnisse einging, schien sie eine günstige Ausgangsbasis für eine Erhebung erhalten zu haben. Nach Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 wollten die Kommunisten in einem "deutschen Oktober" die Macht in Deutschland an sich reißen und damit das Signal zur Revolution in Mitteleuropa geben.

Zur Durchführung der Erhebung begannen KPD und linke Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen mit der Aufstellung von paramilitärischen Kampfverbänden revolutionär gesinnter Arbeiter, den sogenannten Proletarischen Hundertschaften. Als die sächsische Regierung Anordnungen aus Berlin ignorierte, die bewaffneten Einheiten aufzulösen und die kommunistischen Minister zu entlassen, verhängte die Reichsregierung die Reichsexekution über das Land. Am 23. Oktober 1923 marschierten Truppen der Reichswehr in Sachsen ein. Sechs Tage später wurde die Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner (1886-1949) auf Grundlage von Notverordnungen durch Reichspräsident Ebert ihres Amts enthoben. Das thüringische Kabinett löste sich angesichts dieser Entwicklung freiwillig auf. Die KPD-Führung hatte zu diesem Zeitpunkt in Einschätzung der aussichtslosen Situation und der geringen Kampfbereitschaft der Arbeiter die Vorbereitungen für eine Revolution abgebrochen. Nur in Hamburg kam es zwischen dem 23. und 25. Oktober zu einem isolierten und aussichtslosen Aufstand einiger hundert Radikaler, in dem 24 Kommunisten und 17 Polizisten den Tod fanden.“

(Arnulf Scriba, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/deutscher-oktober-1923.html>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 7: Der Hitler-Putsch 1923 (M8)

Im Herbst 1923 schien Deutschland im Chaos zu versinken: Die Hyperinflation erreichte immer neue Rekordwerte, Geld war faktisch wertlos, in Sachsen und Thüringen bildeten sich im sogenannten deutschen Oktober "proletarische Arbeiterregierungen", Bayern war auf scharf rechtsgerichteten Konfrontationskurs zur demokratischen Reichsregierung unter Gustav Stresemann gegangen, im Rheinland und in der Pfalz konnten Separatisten auf die tatkräftige Unterstützung Frankreichs zählen. Verkünder politischer Heilslehren hatten Konjunktur. Während die Kommunisten über eine Revolution nach russischem Vorbild nachdachten, hielten völkische Nationalisten und extrem Konservative aus Industrie, Politik und Militär die Zeit reif für eine Diktatur. Die zum Kampf gegen die verhasste Weimarer Republik gerüstete Rechte spann ihre Fäden zunehmend in der bayerischen Hauptstadt. Hier war Adolf Hitler, Vorsitzender der NSDAP, zum politischen Führer des "Deutschen Kampfbundes" gewählt worden, dem die Sturmabteilung (SA) und bewaffnete bayerische Einwohnerwehren angehörten. Als Hitler erkannte, dass er mit seiner SA vom "Marsch nach Berlin" anderer republikfeindlicher Kräfte um Gustav Ritter von Kahr ausgeschlossen und ins politische Abseits gestellt werden sollte, versuchte er am Abend des 8. November 1923, das Signal zum Kampf gegen die "jüdisch-marxistische Brut" in Berlin zu geben.

Er rief die "Nationale Revolution" aus und erklärte die bayerische sowie die Reichsregierung für abgesetzt. Hitlers improvisierter und dilettantisch durchgeführter Putschversuch, zu dem er Erich Ludendorff eiligst herbeigerufen hatte, blieb isoliert. Ein am Morgen des 9. November von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch mit mehreren Tausend, zum Teil schwer bewaffneten Teilnehmern endete im Feuer der Polizei an der Feldherrenhalle. Vier Polizisten und 16 Demonstranten kamen ums Leben. Hitler-Anhänger ließen anschließend auf Flugblättern keinen Zweifel daran, wer die Schuld am Scheitern des Umsturzversuchs trug: der bayerische Generalstaatskommissar Kahr, der ebenso wie Otto von Lossow dem "völkischen Befreier" Hitler die Gefolgschaft verwehrt hatte. Die NSDAP wurde nach dem missglückten Putschversuch reichsweit verboten. Im Hochverratsprozess gegen Hitler im Februar 1924 erhielt dieser mit fünf Jahren Festungshaft ein vergleichsweise mildes Urteil. Zu diesem Zeitpunkt hatte die nationalsozialistische Propaganda den Putsch bereits in eine heroische Niederlage umstilisiert. Mit jährlich wiederkehrenden Totenfeiern für die Erschossenen und Aufmärschen der am Putsch beteiligten Blutordensträger gedachten die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme 1933 des 9. November 1923.“

(Burkhard Asmuss, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/hitler-putsch-1923.html>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 8: Die Hyperinflation (M9)

„[...] Bis 1922 blieb der 1000-Mark-Schein der höchste Wert in der Nominalkette. Als der Mord an Walther Rathenau im Juni 1922 das Vertrauen in die Stabilität der Republik im In- und Ausland tief erschütterte, verlor die Mark rapide an Wert. (...) Als belgische und französische Truppen dann tatsächlich Anfang Januar 1923 ins Ruhrgebiet einmarschierten, (...) reagierte die Reichsregierung mit der Proklamation des passiven Widerstandes, die gesamte Bevölkerung an Rhein und Ruhr trat in den Streik. Für die finanzielle Unterstützung der Streikenden druckten die Notenpressen immer mehr Geldscheine. Die Geldschein-Nominale erhöhten sich nun in schneller Folge, bis die Reichsbank im November als höchsten Wert einen Geldschein über 100 Billionen Mark (100.000.000.000.000 M) drucken ließ. Zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs wurden riesige Mengen an Scheinen benötigt. (...) Etwa 30.000 Menschen waren mit der Herstellung der insgesamt ca. 10 Milliarden staatlich ausgegebenen Inflationsscheine (10.000.000.000 Stück) beschäftigt. Trotzdem reichten die verfügbaren Zahlungsmittel nicht aus, die Druckmaschinen konnten den schwindelerregenden Wertverlust während der Hyperinflation einfach nicht mehr durch vermehrten Notendruck ausgleichen. Deshalb wurden von mehr als 5.800 Städten, Gemeinden und Firmen eigene Notgeldscheine herausgegeben. (...) Insgesamt sind über 700 Trillionen Mark (700.000.000.000.000.000.000 M) als Notgeld und rund 524 Trillionen Mark (524.000.000.000.000.000.000 M) von der Reichsbank verausgabt worden.

Mit fortschreitender Inflation hatte sich die Versorgungslage der Bevölkerung laufend verschlechtert. Dem Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen konnten die Löhne und Gehälter nicht folgen. Der Reallohn sank auf ca. 40 Prozent seines Vorkriegsniveaus, weite Teile der deutschen Bevölkerung verarmten. Vermögenswerte schmolzen dahin. Ersparnisse wurden völlig entwertet (...). Durch Mangel an Kaufkraft verloren auch Immobilien ihren Wert und wurden bei Notveräußerungen geradezu verschleudert. Das chaotische Geldwesen hatte einen geregelten Wirtschaftsbetrieb unmöglich gemacht. Oft erfolgten die Lohnzahlungen täglich. (...) Um aus dem Chaos herauszukommen, musste ein Weg zur Einstellung des Ruhrkampfes gefunden werden. Dem Rücktritt der gescheiterten Regierung Cuno vom 12. August folgte einen Tag später die Ernennung des ersten Kabinetts unter Gustav Stresemann. Im Bemühen um eine Stabilisierung der Währung nahm das Reich im August 1923 eine wertbeständige Anleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark auf. (...) Zur Bekämpfung der Inflation wurde am 16. Oktober der Beschluss über die Errichtung der Deutschen Rentenbank verkündet. Mit der Währungsreform trat am 15. November eine neue Währungsordnung in Kraft, welche die Inflation schlagartig beendete. [...]"

(Michael Kunzel, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/inflation>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 9: Der Dawes-Plan (M10)

Mit der Währungsreform vom November 1923 wurde die fiskalische Voraussetzung für die vom Deutschen Reich anvisierte Revision der Reparationen geschaffen. Ein internationaler Sachverständigenausschuss unter Leitung von Charles Dawes veröffentlichte am 9. April 1924 einen neuen Finanzierungsplan, der die Reparationszahlungen ausschließlich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Deutschen Reichs abhängig machen sollte. Eine zeitliche Begrenzung sowie die Gesamthöhe der Reparationen wurden nicht festgelegt. Die jährliche Belastung Deutschlands sollte eine Milliarde Reichsmark betragen und nach fünf Jahren auf 2,5 Milliarden Reichsmark anwachsen. Zur Sicherung der Zahlungen mussten die Reichsbahn und die Reichsbank unter internationale Kontrolle gestellt werden.

Obwohl der Dawes-Plan wegen der deutschen Souveränitätsbeschränkungen von der politischen Rechten im Deutschen Reich heftig kritisiert wurde, stimmte am 29. August 1924 im Reichstag auch die Hälfte der Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) für dessen Annahme. Ausschlaggebend für das Abstimmungsverhalten waren neben ökonomischen Erwägungen das im Rahmen des Dawes-Plans von Frankreich zugesagte Ende der Ruhrbesetzung. Die mit dem Dawes-Plan verbundenen ausländischen Kredite und Investitionen leiteten in der Weimarer Republik eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs ein. Als der Dawes-Plan 1929 durch den Young-Plan ersetzt wurde, hatte sich das deutsche Produktionsvolumen seit 1924 um 50 Prozent erweitert.“

(Arnulf Scriba, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/aussenpolitik/dawes-plan.html>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Ereignis 10: Reparationen (M11)

Für die Bevölkerungsmehrheit im Deutschen Reich (...) war der Kampf gegen die (...) als "Verknechtung des deutschen Volks" angesehenen Reparationsverpflichtungen eine Frage nationaler Ehre. Von der extremen Rechten konnten sie (...) immer wieder als Instrumente zur Hetze gegen die verhasste Republik herangezogen werden. Die Gesamthöhe der Reparationen wurde 1919 im Versailler Vertrag nicht bestimmt, sondern sollte von einer mit großen Vollmachten ausgestatteten Reparationskommission fixiert werden. Nach einer Reihe internationaler Konferenzen wurde dem Deutschen Reich erstmalig im Mai 1921 ein in London ausgehandelter definitiver Gesamtbetrag der Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Mark übermittelt. Der Zahlungsplan war begleitet von dem auf sechs Tage befristeten Londoner Ultimatum, das bei Nichtannahme des Plans die sofortige Besetzung des Ruhrgebiets androhte. Konfrontiert mit der Unerbittlichkeit der alliierten Forderung gab es für die Regierung unter Reichskanzler Joseph Wirth zur Annahme des Zahlungsplans keine Alternative.

Wie sämtliche deutschen Regierungen in der Folgezeit bemühte sich auch das Kabinett von Wirth tatkräftig um eine Verringerung der Reparationslast, was von nationalistischen Kreisen hingegen kaum erkannt wurde. Mit der Annahme des Ultimatums begann die Phase der von ihnen erbittert bekämpften "Erfüllungspolitik". Ihr lag das Kalkül zugrunde, die für die deutsche Volkswirtschaft unzumutbaren Forderungen als nicht realisierbar bloßzustellen, indem man sie bis zum Äußersten zu erfüllen suchte. Für die extreme Rechte wurden die "alliierten Erfüllungsgehilfen" zu Symbolen der verhassten Demokratie und zu Todeskandidaten. Ihr auch durch die Medien ständig geschürter Hass auf die Republik entlud sich in Mordkampagnen u.a. gegen Matthias Erzberger und Walther Rathenau. Stark belastend wirkten sich die Reparationen nicht nur auf das innenpolitische Klima aus. Für eine Versöhnung und eine friedliche Verständigung mit dem deutschen "Erbfeind" Frankreich stellten sie eine zu große Hypothek dar. Frankreich war stets treibende Kraft hoher Schadenersatzansprüche gewesen, um die deutsche Großmachtstellung aus Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen dauerhaft eingeschränkt zu sehen. (...) Die Revisionspolitik der Reichsregierung gegenüber den Reparationen war 1924 bei der Verabschiedung des Dawes-Plans erfolgreich, der Deutschland ökonomisch wie politisch neue Perspektiven jenseits blanker Konfrontation eröffnete.[...]“

(Arnulf Scriba, <http://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/aussenpolitik/reparationen>;
CC BY-NC-SA 4.0: Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International)

Diagnoseaufgabe

Zur Feststellung des Kompetenzerwerbs der Schülerinnen und Schüler und Vertiefung kann im Anschluss an die Unterrichtseinheit die folgende Aufgabe (Variante A bzw. Variante B) gestellt und im Plenum besprochen werden.

Analyse von Wahlplakaten (Variante A)

Die Stimmung der frühen Jahre der Weimarer Republik spiegelt sich natürlich auch in ihren Wahlkämpfen wider.

1. Recherchieren Sie unter:

<http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1920/>

<http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1924-mai/>

<http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1924-dezember/>

2. Wählen Sie vier Plakate aus, welche die Situation der Jahre 1920-1923 am besten symbolisieren.
3. Begründen Sie Ihre Entscheidung.
4. Vergleichen Sie Ihre Entscheidung mit der Entscheidung eines Mitschülers bzw. einer Mitschülerin und diskutieren Sie Ihre Auswahl.

Analyse von Text- und Bildquellen (Variante B)

Die kanadische Historikerin Margret MacMillan verfasste mit „Die Friedensmacher“ ein viel beachtetes Buch zum Versailler Vertrag. Im November 2015 interviewte die ZEIT MacMillan (M12).

1. Fassen Sie kurz zusammen, was MacMillan über die „Schuld“ des Versailler Vertrags an den Belastungen der Weimarer Republik sagt.
2. Nehmen Sie zu dieser Position Stellung und erklären Sie, ob Sie MacMillan zustimmen oder nicht.
3. Vergleichen Sie anschließend die Haltung MacMillans (M12) mit der eines amerikanischen Karikaturisten im Jahre 1930 (M13).

(Interview mit Margret MacMillan (M12) abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2015/46/margaret-macmillan-versailler-vertrag-woodrow-wilson>; Karikatur (M13) online über Bildersuche mit folgenden Stichworten „The Source“ und „Daniel Fitzpatrick“ abrufbar)

Hinweise zum Unterricht

Die Aufgabe kann auf zwei Weisen verwendet werden: Zum einen zu Beginn der Auseinandersetzung mit der Ereignisgeschichte der Weimarer Republik, um den Schülerinnen und Schülern einen kursorischen Überblick zu verschaffen. Zum anderen zum Abschluss dieser Sequenz, um alle Ereignisse zu bündeln und im Zusammenhang mit den Belastungen aus dem Ersten Weltkrieg zu stellen. Je nach verfügbarer Zeit und Leistungsstand der Klasse kann die Variante mit der bereits vorstrukturierten Visualisierung eingesetzt werden.

Die Variante als digitale Lernaufgabe unterscheidet sich darin, dass die Schülerinnen und Schüler flexibler bei der Gestaltung Ihres Handlungsprodukts sind. Während eine analoge Visualisierung vor der Anfertigung geplant werden muss und Veränderungen dann nur noch zu einem gewissen Grad möglich sind, kann die digitale Visualisierung im Laufe des Arbeitsprozesses ständig angepasst werden. So ist es auch denkbar, dass die Visualisierung begleitend zur Erschließung der Ereignisse erstellt wird und damit den Erkenntnisprozess unterstützt.

Die Variante mit der bereits vorstrukturierten Grafik auf learningapps.org bietet sich bei weniger verfügbarer Unterrichtszeit oder einer leistungsschwachen Lerngruppe an. Hier kann der Arbeitsschritt 6 aufgrund des automatisierten Feedbacks entfallen.

Diese Aufgabe bindet externe Webangebote ein, die aufgrund ihres Inhalts pädagogisch wertvoll erscheinen. Wir bitten jedoch um Verständnis, dass eine umfassende und insbesondere laufende Überprüfung des Angebots unsererseits nicht möglich ist. Vor einem etwaigen Unterrichtseinsatz hat die Lehrkraft das Angebot in eigener Verantwortung zu prüfen und ggf. Rücksprache mit der Schulleitung zu halten.

Anregung zum weiteren Lernen

Die Lernplattform für offenen Geschichtsunterricht *segu* (*selbstgesteuert-entwickelnder Geschichtsunterricht*) bietet zur Weimarer Republik ein Lernmodul an. Die Lernaufgaben sind nach verschiedenen Schwierigkeitsgraden gestaltet, die entweder alleine oder im Team bearbeitet werden können: <https://segu-geschichte.de/weimarer-republik/>.

Vorschlag für eine Sequenzplanung

	Studentitel	Inhalt	Kompetenzerwartung	Methodenkompetenz
1-2	Rekurs: Erster Weltkrieg	Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg	Die Schülerinnen und Schüler analysieren Vorbelastungen des neuen Staates durch die Kriegsniederlage und ihre Folgen, um Schwierigkeiten bei der Gründung der Weimarer Republik einzuordnen.	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • entnehmen selbständig Informationen aus Geschichtskarten, interpretieren diese und ordnen sie in den jeweiligen historischen Hintergrund ein.
3	Staatsgründung	Ausrufung der Republik	Die Schülerinnen und Schüler analysieren Vorbelastungen des neuen Staates durch die Kriegsniederlage und ihre Folgen, um Schwierigkeiten bei der Gründung der Weimarer Republik einzuordnen.	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • analysieren visuelle Quellen (z. B. Bilder, Fotografien, Schaubilder, Statistiken und Wahlplakate), um sie zielgerichtet in den historischen und gesellschaftspolitischen Kontext einzuordnen.
4	Weimarer Reichsverfassung: Aufbau	Weimarer Reichsverfassung	Die Schülerinnen und Schüler nutzen ihr Wissen über den Staatsaufbau der Weimarer Republik, um die Notwendigkeit einer ausgewogenen Kräfteverteilung der verschiedenen Staatsorgane zu beurteilen.	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • analysieren visuelle Quellen (z. B. Bilder, Fotografien, Schaubilder, Statistiken und Wahlplakate), um sie zielgerichtet in den historischen und gesellschaftspolitischen Kontext einzuordnen.
5-6	Weimarer Reichsverfassung: Stärken und Schwächen	Weimarer Reichsverfassung, demokratische Errungenschaften d. Weimarer Republik	Die Schülerinnen und Schüler nutzen ihr Wissen über den Staatsaufbau der Weimarer Republik, um die Notwendigkeit einer ausgewogenen Kräfteverteilung der verschiedenen Staatsorgane zu beurteilen.	Die Schülerinnen und Schüler erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein.

7-9	Belastungen der frühen Weimarer Republik	Vorbelastungen: Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • analysieren Vorbelastungen des neuen Staates durch die Kriegsniederlage und ihre Folgen, um Schwierigkeiten bei der Gründung der Weimarer Republik einzuordnen. • analysieren innenpolitische und außenpolitische Probleme hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Sie beurteilen verschiedene Lösungsansätze im Hinblick auf ihre Wirksamkeit. 	Die Schülerinnen und Schüler erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschafts-politischen Hintergrund ein.
10-11	Putschversuche von rechts: Gründe, Ideologien, Forderungen und Reaktionen	Vorbelastungen: Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein, Mentalitäten und Parteienspektrum in der Weimarer Republik	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • analysieren die vielfältigen Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik, um die Multikausalität als ein Grundprinzip historisch-politischer Zusammenhänge zu erfassen • analysieren innenpolitische und außenpolitische Probleme hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Sie beurteilen verschiedene Lösungsansätze im Hinblick auf ihre Wirksamkeit. 	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • erkennen die Bedeutung der historischen und soziopolitischen Fachsprache und verwenden sie.
12	Wirtschaftliche Belastungen bis ins Jahr 1923	soziale Probleme und Ansätze zu ihrer Lösung	Die Schülerinnen und Schüler analysieren die vielfältigen Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik, um die Multikausalität als ein Grundprinzip historisch-politischer Zusammenhänge zu erfassen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • analysieren visuelle Quellen (z. B. Bilder, Fotografien, Schaubilder, Statistiken und Wahlplakate), um sie zielgerichtet in den historischen und gesellschaftspolitischen Kontext einzuordnen.
13-14	War der Versailler Vertrag Schuld an den Startschwierigkeiten der Weimarer Republik?	Vorbelastungen: Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • analysieren innenpolitische und außenpolitische Probleme hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Sie beurteilen verschiedene Lösungsansätze im Hinblick auf ihre Wirksamkeit. • analysieren die vielfältigen Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik, um die Multikausalität als ein Grundprinzip historisch-politischer Zusammenhänge zu erfassen 	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erfassen Textquellen selbständig und ordnen diese in den jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund ein. • analysieren und interpretieren historische und aktuelle Karikaturen und setzen diese in Bezug zu den jeweiligen Ereignissen, Personen und Prozessen.

Quellen- und Literaturangaben

Asmuss, Burkhard: Der Hitler-Putsch 1923. 12.07.2019. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/hitler-putsch-1923.html>. Zuletzt aufgerufen am 08.07.2022.

Asmuss, Burkhard: Der Lüttwitz-Kapp-Putsch 1920. 08.06.201. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/kapp/>. Zuletzt aufgerufen am 08.07.2022.

Fitzpatrick, Daniel: The Source. 30.10.1930. In: St. Louis Dispatch.

Hierholzer, Vera: Die Ermordung Walter Rathenaus. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/rathenau>. Zuletzt aufgerufen am 08.07.2022.

Kunzel, Michael: Die Inflation. 14.09.2014. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/inflation>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2020.

MacMillan, Margaret: „Den Versailler Vertrag trifft keine Schuld“. 12.11.2015. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2015/46/margaret-macmillan-versailler-vertrag-woodrow-wilson>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2020.

Schuster, Jan: Wahlplakate zur Reichstagswahl 1920. Online verfügbar unter <http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1920/>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Schuster, Jan: Wahlplakate in der Weimarer Republik: Reichstagswahl 1924 (Mai). Online verfügbar unter <http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1924-dezember/>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Der „deutsche Oktober“ 1923. 18.05.2007. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/deutscher-oktober-1923.html>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Der Dawes-Plan. 02.09.2014. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/deutscher-oktober-1923.html>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Der Generalstreik 1920. 19.10.2007. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/generalstreik-1920.html>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Die Ruhrbesetzung. 10.05.2022. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/aussenpolitik/ruhr/>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Die Weimarer Republik. 06.09.2014. Online verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Scriba, Arnulf: Reparationen. 02.09.2014. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/aussenpolitik/reparationen>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

segu: Weimarer Republik. Online verfügbar unter <https://segu-geschichte.de/weimarer-republik/>. Zuletzt aufgerufen am 07.07.2022.

Wulfert, Anja: Der Märzaufrüstung 1920. 22.01.2002. Online verfügbar unter <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/maerzaufstand-1920.html>. Zuletzt aufgerufen am 08.07.2022.